

Die Finanzpolitik dominiert die Bildungsdiskussion

alv-Verbandsrat. Hauptthema der Sitzung, die für einmal im Grossratsgebäude stattfand, war der Umgang des alv mit der Tatsache, dass die Finanzdiskussion die Bildungspolitik immer stärker dominiert. Das hat Konsequenzen für das Handeln des Verbandsrats.

Für die alv-Geschäftsleitung (GL) ist es sehr wichtig, dass die Verantwortlichen des BKS mit den Verbandsratsmitgliedern im direkten Kontakt stehen. An der September-Sitzung durfte alv-Präsidentin Elisabeth Abbasi den Generalsekretär des Departements BKS, Michael Umbricht, als Gast begrüßen. Dieser erläuterte den Anwesenden die Botschaft «Gesamtsicht Haushaltssanierung», in welcher mit verschiedenen «Modulen» eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen angestrebt wird.

Der Bildungsbereich ist dabei gleich mehrfach betroffen. Zum Modul «Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur» hat die alv-GL eine Arbeitsgruppe gebildet. Das Modul «Reform der Berufsfachschulen» ist eine Neuauflage des gescheiterten Projekts «Standort- und Raumkonzept Sek-II-Stufe». Der Verbandsrat erwartet,

dass die Verantwortlichen wertschätzend und sorgfältig mit den Betroffenen umgehen und diese von Beginn an in die Ausarbeitung von möglichen Szenarien einbeziehen. Ebenso erwartet er dezidiert, dass keine vorzeitigen Veränderungen vorgenommen werden und verurteilt die ersten Verschiebungen und Schliessungen von Berufsfeldern aufs Schärfste.

Das nebulöse Modul «Finanzielle Entlastung Volksschule» konnte Michael Umbricht nur vage skizzieren. Er liess jedoch durchblicken, dass es Zusatzlektionen und DaZ-Stunden betreffen könnte. Einmal mehr sollen Kinder und Lehrpersonen die Zeche zahlen für die Unfähigkeit der Politik, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen.

Dass die Finanzdiskussion je länger desto mehr die Bildungspolitik dominiert, und der nötige Bedarf an Entwicklung nicht mehr bezahlbar erscheint, führt im Verbandsrat immer wieder zu Diskussionen um die Frage, ob und wie notwendig es ist, dass sich der alv zu ausserhalb seines Kerngeschäfts liegenden Finanzvorlagen äussern soll. Er hat sich entschieden, dass er sich zu Vorlagen, die die Finanzierung der Bildung verschlechtern oder verbes-

sern, äussern will – mit dem Risiko, dass der Zusammenhang zu Bildungsthemen nicht immer offensichtlich ist und die politische Herkunft der Anliegen ein Unbehagen auslösen könnte.

Aargauer Lehrplan muss nachgebessert werden

Die zweite intensive Diskussion entbrannte bei den Ausführungen zum geplanten Aargauer Lehrplan. Der Verbandsrat machte dem Generalsekretär klar, dass die vom Regierungsrat vorgegebene Kostenneutralität bei der Umsetzung nicht akzeptabel ist. Die Regierung will mehr Unterrichtslektionen, und dafür eine grosse Anzahl ungebundener Lektionen streichen. Die Rahmenbedingungen an der Primar- und an der Realschule werden in einem nicht akzeptablen Mass verschlechtert. Hier sind zwingend Nachbesserungen erforderlich. Der alv wird sich im Rahmen der Vernehmlassung deutlich dazu äussern.

Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv

Aus der alv-Verbandsratssitzung vom 13. September

Politspiegel

Erarbeitung von Empfehlungen für die ICT-Infrastruktur in der Volksschule

Ein überparteiliches Postulat von Ruth Müri, Grüne, Maya Bally Frehner, BDP, Collette Basler, SP, Jürg Bauer, CVP, Michaela Huser, SVP und Dominik Peter, GLP, eingereicht am 12. September und mitunterzeichnet von 24 Ratsmitgliedern, möchte, dass der Regierungsrat ausführliche Empfehlungen betreffend ICT-Infrastruktur und -Support an Aargauer Volksschulen zuhanden der Gemeinden und Schulen erlässt.

Mit der Digitalisierung und Einführung des Lehrplans 21 mit dem Fach Medien und Informatik gewinne eine zeitgemässe und effiziente ICT-Infrastruktur an der Volksschule an Bedeutung, so die Begründung. Dies sei eine grosse Herausforderung für Gemeinden wie Schulen, die mit der Ein-

richtung einer ICT-Infrastruktur beauftragt seien. Der Kanton solle Empfehlungen ausarbeiten, die den Gemeinden und Schulen als Orientierungshilfe hinsichtlich Budgetierung, Ausgestaltung, Anschaffung und Unterhalt einer sinnvollen ICT-Infrastruktur an der Volksschule dienen. Ebenso gehörten Empfehlungen und allfälliger pädagogischer Support für ICT vor Ort dazu. Ohne diesen werde es für die Schulen schwer sein, den Wechsel zur Digitalisierung zu schaffen.

Zu prüfen sei auch, inwiefern die Volksschulen im Sinne von BYOD (Bring Your Own Device) zukünftig auch die bereits vorhandene Hardware im Eigentum der Schülerinnen und Schüler wie Smartphone, Tablet oder Laptop im Unterricht nutzen könnten, wie dies auf der Sekun-

darstufe II bereits verbreitet sei – inklusive Lösungen für Kinder und Jugendliche, deren Erziehungsberechtigte keine entsprechenden Geräte zur Verfügung stellen könnten oder wollten. Das Postulat listet auf, für welche Bereiche Empfehlungen erarbeitet werden könnten und betont nochmalig, dass es keinen Sinn mache, dass jede Schule im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 ein eigenes ICT-Konzept erstellen und weiterentwickeln müsse.

Zusammenfassung: Irene Schertenleib

(www.ag.ch → Themen → Grosser Rat → Postulate → 17.217)